

*Hartmut Soell*

## Nach Godesberg: Fünfzig Jahre programmatischer Fortschritt?

Beitrag im Rahmen des Symposiums  
zu Ehren von Bernd Faulenbach am 6.2.2010

Die mir zugewiesene Aufgabe umfaßt die Felder der Außen- und Europapolitik. Ein erster Blick in das in Godesberg vor fünfzig Jahren beschlossene Grundsatzprogramm der SPD belehrt uns, dass der Begriff „Außenpolitik“ dort nicht auftaucht. Von „Europa“ ist immerhin an mehreren Stellen die Rede: So bei der Forderung nach Einbeziehung Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung sowie nach der Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschland in einem europäischen Sicherheitssystem. Ebenso wird die Zusammenarbeit der europäischen Staaten bejaht, soweit diese dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dient, sich nicht gegenüber der Außenwelt abschließt und einen für alle Nationen offenen Welthandel fördert. Hinzu kommt noch ein sehr kurzer Hinweis auf Europa im Zusammenhang mit den strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft. Mit einigem Wohlwollen ließe sich sagen: Auch Godesberg bleibt in der internationalen Tradition, die zwischen „Außen“- und „Innen“-Politik keine fundamentalen, allenfalls graduelle, besser: situative Unterschiede kennt. Wie heißt es doch so schön im Schlußappell der von Marx im Oktober 1864 formulierten Inauguraladresse der eben gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation, also der ersten Internationalen: „(...) die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollen, [seien] als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse.“<sup>1</sup>

Diese Korrelation von innergesellschaftlichem Privatrecht und internationalem öffentlichem Recht erinnert stark an Kants philosophischen Entwurf „Zum Ewigen Frieden“. Es ist gewiss kein Zufall, dass Fritz Erler, der den Abschnitt über die „Internationale Gemeinschaft“ im Godesberger Programm mitformulierte, diese Passage der Inauguraladresse von 1864 mehrfach zitierte. Es ist auch kein Zufall, dass in diesem Abschnitt die Forderungen der Bandung-Konferenz von 1955 der nicht an die Blöcke gebundenen Staaten der „Dritten Welt“ auftauchen, die im fünf Punkten zusammengefaßt wurden: „Internationale Schiedsgerichte, Vergleichsverträge, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung aller Völker, die Unverletzlichkeit des Staatsgebietes und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker sollen den Frieden sichern, den eine Weltorganisation garantiert.“<sup>2</sup> Gemeint

1 Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, Oktober 1864, in: MEW, Bd. 16, S. 13.

2 Vgl. den Redebeitrag von Waldemar von Knoeringen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 13.–15. November 1959, Protokoll, S. 105.

waren die Vereinten Nationen, die die „allgemeine Weltorganisation werden“ müsse, die sie „ihrer Idee nach sein“ sollten.

Ergänzt wurden diese Postulate durch die Forderung, die demokratischen Staaten müssten ihre Solidarität vor allem mit den Entwicklungsländern bekunden, die Anspruch auf großzügige und uneigennützte Hilfe hätten. Ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung müsse „von den Ideen des demokratischen Sozialismus erfüllt werden, damit sie nicht neue Formen der Unterdrückung“ verfielen.

Diese teilweise sehr abstrakt gehaltenen Formulierungen wie die Überschrift dieses Abschnitts dienten dazu, die internationalistische Einstellung der SPD auch im neuen Grundsatzprogramm zu unterstreichen. In einem deutlichen Kontrast zu diesen Vorstellungen steht der von Erler stark geprägte, aber auch von Herbert Wehner und anderen in den Debatten des Parteitags unterstützte Abschnitt über die „Landesverteidigung“ – ein bisher in sozialdemokratischen Programmen unbekannter Begriff. Er enthält ein Tableau sehr konkreter Positionen, auf die ich noch zurückkommen werde. Ein Blick in die parteiinternen Debatten in den Jahren zuvor macht sichtbar, dass im Unterschied zum bisher gemiedenen Begriff *Landesverteidigung* der Begriff *Außenpolitik* durchaus im Gebrauch war. Da war von *außenpolitischer Linie* oder gar vom *Primat der Außenpolitik* die Rede. Es ging dabei meist um die Frage, wie die äußeren Rahmenbedingungen zugunsten der Überwindung der deutschen Teilung verändert werden könnten.

Das für die Partei zentrale Ziel der Wiedervereinigung war ihr nicht nur von Kurt Schumacher vorgegeben worden. Die Herkunft vieler ihrer führenden Sprecher aus den Gebieten östlich der Elbe wie auch die Tatsache, dass sich dort ehemals ihre Hochburgen befanden, während sie in den Westzonen bei Wahlen vor 1933 im Durchschnitt kaum jemals die Zwanzig-Prozent-Marke überschritten hatte, unterstrich die große Bedeutung dieses Zieles gerade für die operative Politik der SPD.

Der Vorwurf des „Präventivnationalismus“, den Kritiker aus Westeuropa, nicht zuletzt aus sozialistischen Parteien dieser Politik Schumachers, später – in abgeschwächter Form – auch der nachfolgenden SPD-Führung bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre entgegenhielten, war zwar angesichts ihrer schlimmen Erfahrungen mit den Deutschen während des Krieges verständlich. Aber er traf nicht nur *den* bzw. *die* Falschen – soweit Schumacher und die SPD gemeint waren. Der Vorwurf basierte – meist unausgesprochen – auf der These von der Kollektivschuld der Deutschen. Schumacher war durch seine KZ-Haft, wie sich sie auch in seiner gebrechlichen körperlichen Erscheinung manifestierte, die fleischgewordene Widerlegung dieser These. Das war schwer zu akzeptieren. Wie schwer zeigte sich symbolhaft 1950, als in der Beratenden Versammlung des Europarats in Straßburg junge SPD-Abgeordnete wie Willi Birkelbach, Fritz Erler und andere mit dem doppelbödigen Ruf empfangen wurden: „Aha, da kommt die Hitlerjugend!“ Prompt zählten die so Begrüßten die Jahre ihrer in Zuchthaus und KZ erlittenen Haft zusammen. Das Ergebnis: keine der Delegationen aus den nationalen Parlamenten der ehemals besetzten Länder wies ähnliche Haftzeiten aus.

Gravierender als solche kognitiven Dissonanzen auf der Symbolebene waren die realen Interessendivergenzen. Die Bundesrepublik wie die DDR hatte nicht nur eine innere Verfassung – allerdings mit großen Unterschieden in der Wertigkeit der geschriebenen gegenüber

der wirklichen Verfassung – um einmal Lassalles Kategorien zu verwenden. Noch stärker als der Staat von Weimar, dessen zweite Verfassung das Vertragssystem von Versailles war, waren beide deutsche Staaten von zwei weiteren Verfassungen eingerahmt. Die eine dieser auch die Innenverhältnisse entscheidend mitgestaltenden *Meta*-Verfassungen bestand bis 1989/90 – in dem den Westen wie den Osten übergreifenden Willen, aus den *querelles allemandes* keine neuen kriegerischen Verwicklungen entstehen zu lassen. Dieser Konsens ist von der Rhetorik in den Hochphasen des Kalten Krieges häufig verdeckt worden, aber in West- und Osteuropa immer präsent gewesen.

Die zweite Meta-Verfassung, die aus der ersten Folgerungen zog, bestand in der schon vor der formellen Gründung der beiden Teilstaaten begonnenen Integration beider in den jeweils bestehenden sozialökonomischen Verbund – im Westen in das Ruhrstatut und den Marshall-Plan, im Osten in das System der Sowjet-AGs. Die Integration des Ostens hatte gewiß einen ganz anderen, vor allem negativen, weil ausbeuterischen Charakter.

Die SPD begegnete den Anfängen der ökonomischen Westintegration mit Ablehnung. Schumacher sah darin den Grundsatz der Gleichberechtigung verletzt wie auch die Chancen vermindert, durch Sozialisierung von Kohle und Stahl einen Kern deutscher ökonomischer Selbstbestimmung zu sichern. Denn nur auf dieser Basis glaubte er den als Autonomie nach innen und Handlungsfähigkeit nach außen verstandenen Neubau der Demokratie in Deutschland gegenüber den „Neonationalismus der Kommunisten“ und dem „alten Nationalismus der Besitzbürger“ langfristig sichern zu können.

Dabei war er keineswegs gegen eine internationale ökonomische Zusammenarbeit. In einer der ersten großen Debatten des Bundestages über die Zukunft des Saargebiets im März 1950 machte er den Vorschlag, eine „ökonomische Symbiose zwischen Frankreich und Deutschland“<sup>3</sup> in Gestalt eines deutsch-französischen Freundschaftsvertrages zu schaffen, der auch den Ausgleich und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schwerindustrie vorsah und zum Kern einer westeuropäischen Wirtschaftsorganisation werden sollte.

Zwei Monate später präsentierte der französische Außenminister den von Jean Monnet entworfenen Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, aus der dann 1952 die Montanunion wurde. Schumacher lehnte die Montanunion ab, weil sie an der französischen Verfügungsmacht über das Saargebiet nichts änderte und der Bundesrepublik auch in anderer Hinsicht keine volle Gleichberechtigung zugestand.

Adenauer hingegen, der eine Taktik einer stufenweise erreichbaren Gleichberechtigung einschlug und das Saarproblem wie die Frage der Wiedervereinigung in der Sache – nicht rhetorisch – dilatorisch behandelte, gelang es, die im DGB organisierten Gewerkschaften für die Mitarbeit in der Montanunion zu gewinnen. Jean Monnet, der auch der erste Präsident der Hohen Behörde der Montanunion wurde, hatte diese so konstruiert, dass den Gewerkschaften, die in der Bundesrepublik seit 1951 über eine gesetzliche Grundlage für die Unternehmensmitbestimmung im Montanbereich verfügten, Mitwirkungschancen eingeräumt wurden.

Im Winter 1955 trat Monnet von seinem Posten als Präsident der Hohen Behörde zurück und gründete im Herbst das *Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa*, in dem er

3 Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, 46. Sitzung, 10. März 1950, S. 1569.

nur Vertreter der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften, nicht solche der Industrie, der Banken oder der Agrarlobby versammelte.

Monnets Bestreben, die bisherige Beschränkung auf dem Montanbereich zu überwinden und künftig alle Sektoren der Wirtschaft in die europäische Gemeinschaftsbildung einzubeziehen, kam der SPD-Kritik an der bisherigen Teilintegration entgegen. Hinzu trat der Einfluss der SPD-Abgeordneten, die in der Parlamentarischen Versammlung der Montan-Union die dort vorhandenen Vorurteile gegenüber einer angeblich „nationalistischen“ SPD abbauen konnten. Monnet konnte Ollenhauer und Wehner als Mitglieder des Aktionskomitees gewinnen, dessen Vorarbeit die Vertragsentwürfe der im Frühjahr 1957 in Rom gegründeten *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)* und von *Euratom*, der Organisation zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, deutlich beeinflusste.

Während die Zustimmung zur Euratom in der SPD-Fraktion kaum umstritten war, gab es im Hinblick auf die EWG neben der Detailkritik an der fehlenden gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik (so Heinrich Deist) und an der geringen parlamentarisch-demokratischen Legitimation (so Adolf Arndt) auch grundsätzlichere Bedenken. Vor allem norddeutsche Abgeordnete monierten, dass keine zureichende Anstrengung unternommen worden sei, die skandinavischen Länder und Großbritannien in die EWG einzubeziehen. Wehners Rat, sich bei der Abstimmung über das Ratifizierungsgesetz im Bundestag der Stimme zu enthalten, stieß nur auf geringe Zustimmung. Die große Mehrheit folgte dem Argument Karl Mommers, anders als bei den gescheiterten Projekten – der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Politischen Gemeinschaft – sei jetzt der Bau Europas bei den Fundamenten, also im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, und nicht am Dach begonnen worden und vertrete so die von der SPD seit langem verfolgte Linie.<sup>4</sup>

Zu den Abgeordneten, die sich bei der Ratifizierung der Römischen Verträge der Stimme enthielten, zählte Helmut Schmidt, der in den Anfängen seiner Kanzlerzeit bei der in der EWG-Frage gespaltenen britischen Labour-Party erfolgreich mit seiner früheren Einstellung darum warb, Großbritannien, das 1970 der EWG beigetreten war, auch weiterhin in der Gemeinschaft zu halten.

Das 1957 von der großen Mehrheit des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion ausgesprochene Ja zur EWG fand im Grundsatz-Programm nur ein indirekt zustimmendes Echo. Im Unterschied zu anderen Themen hatte es darüber weder in den Jahren zuvor noch gar auf dem Godesberger Parteitag eine erwähnenswerte Debatte gegeben.

Der Wechsel von der Vierten zur Fünften Republik und die sehr ambivalente Haltung ihres neuen Staatsoberhaupten de Gaulles gegenüber den „Apatrides“, den „vaterlandslosen Gesellen“ in den Brüsseler Institutionen, erklärt zum Teil die Zurückhaltung.

Überdies erschien die internationale Situation in der deutschen Frage, auf die die SPD seit dem Berlinultimatum vom November 1958 erneut ihre operativen Anstrengungen konzentriert hatte, noch flüssig zu sein. Als am 3. September 1959 der endgültige Entwurf des Programms vom Parteivorstand verabschiedet wurde, war zwar die Genfer Konferenz schon vorbei. Auf ihr war einmal mehr die deutsche Frage ergebnislos erörtert worden. Ein indirektes Ergebnis war

4 Vgl. Kurt Klotzbach: *Der Weg zur Staatspartei*, Bonn 1982, S. 366–368.

allerdings die Aufwertung der DDR, die wie die Bundesrepublik an „Katzen“-Tischen den Verhandlungen folgen durfte. Aber das Treffen Präsident Eisenhauers mit dem sowjetischen Parteichef Chruschtschow in Camp David am 15. September 1959 stand noch bevor.

Nachdem dort offenbar geworden war, dass auch die USA für kaum absehbare Zeit nicht mehr mit konkreten eigenen Vorschlägen zur Lösung der deutschen Frage – wie sie noch der in Genf vorgelegte Herter-Plan darstellte – aufwarten würde, befand sich die SPD in einem Dilemma. Auf der anderen Seite wollte sie den Deutschland-Plan nicht einfach sang- und klanglos beerdigen. Auf der anderen Seite wollte sie die Anschluss- und Bündnisfähigkeit ihrer Politik nach innen wie nach außen vergrößern. Der im Winter 1959 von einer Arbeitsgruppe der Fraktion, der u. a. Wehner, Erler, H. Schmidt, und Gustav Heinemann angehörten, ausgearbeitete und am 18. März 1959 in Kurzfassung veröffentlichte Deutschland-Plan wich in einem zentralen Punkt von dem durch Schumacher vorgezeichneten Positionen ab: Statt der sofort durch freie Wahlen in beiden Teilen Deutschlands einzusetzenden verfassungsgebenden, gesetzgebenden und regierungsbildenden Nationalversammlung sollte in den beiden ersten Stufen des Vereinigungsprozesses ein paritätisch besetzter gesamtdeutscher Rat mit Mehrheit beschließen können. Solche Vorschläge hatte Schumacher immer mit Vehemenz bekämpft, weil er darin die Fortsetzung der sowjetischen Veto-Position im alliierten Kontrollrat – nun übertragen auf das SED-Regime – sah.

Wehner, der diesen Teil des Plans formuliert hatte, ging dabei offenbar von der Erwartung aus – so der ihn durch seine Interpretation öffentlich unterstützende Carlo Schmid – dass es auch im SED-Apparat „deutsche Patrioten“ gebe. Wenn man auf der Plattform des Deutschland-Plans „mit den Leuten von drüben ins Gemenge“ komme, könnte sich eines Tages herausstellen, „daß dieser scheinbar monolithische Block in Wirklichkeit nur – um im geologischen Bild zu bleiben – ein festgebackenes Geschiebe ist, das in Bewegung kommt“.<sup>5</sup>

Erler hatte in seinem Entwurf des zum Plan gehörenden Abschnitts „Europäische Sicherheit“ vorgeschlagen, den stufenweisen Abzug ausländischer Truppen aus Mitteleuropa mit den politischen Vereinbarungen über die einzelnen Phasen der Wiedervereinigung „jeweils zu synchronisieren“. Als Etappen sah er vor: Wiederherstellung der Freizügigkeit der Personen wie des Schriftums in beiden Teilen Deutschlands; Zulassung der Parteien (einschließlich der KPD sowie der Parteien der DDR in der Bundesrepublik, soweit sie dies wünschten); Abhaltung von Gemeindewahlen. Sobald in der „Zone“ Männer und Frauen „mit eigener Legitimation“ vorhanden seien, müsse mit ihnen der weitere Vollzug der Wiedervereinigung erörtert werden. Die Bundesrepublik sei nicht deren Vormund. Der von ihm als archimedischer Punkt gedachte Zwang, durch den Truppenabzug zu politischen Lösungen zu kommen, war zugleich der neuralgische Punkt der ganzen Konzeption. Denn die vorgesehenen Schritte zur Liberalisierung und Demokratisierung der DDR konnten nur einvernehmlich mit deren Regierung abgeschlossen werden, der kaum daran gelegen sein konnte, ihre Herrschaftspositionen gegenüber der eigenen Bevölkerung – in der sie über keine ausreichende Massenbasis verfügte – einschränken oder gar beseitigen zu lassen.

5 So Carlo Schmid in einem Gespräch mit Bonner Journalisten Ende April 1959, zit. nach: Der Tagesspiegel, 1. Mai 1959 („SPD will Ulbricht seiner Stütze berauben“).

Das Gespräch, das Erler und Carlo Schmid im März 1959 mit Chruschtschow führten, war ernüchternd. Chruschtschow verwies dort auf die wenig später auch in Genf vertretene sowjetische Haltung, dass die Wiedervereinigung Sache der beiden Regierungen in Bonn und Ostberlin sei. Er hielt zugleich den Bündnisfall des Warschauer Pakts für gegeben, wenn der Westen in irgendeiner Weise die DDR – auch über „den Umweg von innen“ – angreife. Die Sowjetunion behielt sich also die Entscheidung darüber vor, was sie unter Einmischung verstand.<sup>6</sup>

Nach diesem enttäuschenden Ergebnis des Moskau-Besuchs hatten sich in der Bundestagsfraktion unter Führung von Karl Mommer sowie von Berliner Abgeordneten wie Kurt Mattick und Klaus Schütz – letztere nicht ohne Rückhalt von Willy Brandt – eine Mehrheit herausgebildet, die in den folgenden Monaten eine außenpolitische Debatte im Bundestag verhinderten, um den Regierungsparteien nicht die Möglichkeiten zu geben, mit den Defiziten des Deutschland-Plans öffentlich Stimmung gegen die SPD und deren Realitätssinn zu machen.

Ohne diese Entwicklung ist die immer stärker sichtbare Distanzierung der SPD-Führung von diesem Plan nicht erklärbar. Er war ja nicht nur eine Art Notnagel in der letzten Stunde, in der international über die Wiedervereinigung verhandelt wurde. Er war auch der Höhepunkt in den intellektuellen Anstrengungen, mit denen die SPD die internationale Konferenz zur deutschen Frage zu beeinflussen versuchte. Man denke nur H. Schmidts Ausarbeitung über „mögliche Stufen des wirtschaftlichen und sozialen Re-Integrationsprozesses“, die auch die ökonomische Lage der Nachbarn in Ost und West berücksichtigte und von der Teile noch in den Jahren ab 1990 hilfreich gewesen wären: Das enorme Maß an Energie, das die Partei in Vorschlägen zur Wiedervereinigung in den 1950er Jahren aufgewandt hatte, fand immer weniger Resonanz in der Wählerschaft, deren große Mehrheit sich inzwischen in der Bundesrepublik mehr oder minder bequem eingerichtet hatte. Weshalb auch nicht? Jährlich kamen zwischen 200.000 und 300.000 Flüchtlinge aus der DDR, die die sozialökonomische und politische Magnetwirkung des Westens auf den Osten unterstrichen. All dies trug dazu bei, dass im Grundsatzprogramm auf ein eigenes Kapitel zur Wiedervereinigung verzichtet wurde.

Aussagen dazu wurden im Kapitel „Internationale Gemeinschaft“ und im Kapitel „Landesverteidigung“ jeweils in einem Satz – mit ähnlicher Zielsetzung – untergebracht. So heißt es in dem letztgenannten Kapitel: „Die sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen.“

Die Einzelforderungen des Kapitels *Landesverteidigung* waren kaum umstritten. Forderungen wie, die Streitkräfte müssten der politischen Führung durch die Regierung und der Kontrolle durch das Parlament unterstellt sein oder der Soldat bleibe auch in Uniform Staatsbürger, hatte die SPD schon durch ihre entscheidende Mitgestaltung der 1956 ins Grundgesetz eingefügten Wehrverfassung Nachdruck verliehen. Der Satz, die SPD stelle

6 So Carlo Schmid und Fritz Erler vor der Pressekonferenz in Bonn am 18. März 1959, zit. nach dpa vom gleichen Datum.

sich schützend vor jeden Bürger, der aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe oder an Massenvernichtungsmitteln verweigere und die Forderung nach einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung und eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die „nationale Landesverteidigungen ablösen“ werde, gehörten nicht nur zum Standardrepertoire von Parteitagsschließungen, sondern sollten auch das Eingangsbekenntnis zur „Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ und die Bejahung der Landesverteidigung ausbalancieren. Dieses aus heutiger Sicht eher überflüssig erscheinende Bekenntnis wie das Kapitel „Landesverteidigung“ selbst, das als einziges Thema in den endgültigen Entwurf neu eingefügt worden war, wurde in Godesberg nicht von Kritik verschont. So bezweifelte der dem linken Flügel angehörende Frankfurter Delegierte Walter Möller, ob der „Begriff Landesverteidigung mit einer wirklich sozialistischen Überzeugung vereinbar“ sei. „Jeder“, so meinte Möller, „der in der Hitlerzeit gegen sein Vaterland gekämpft hat, hat sich im Grunde als Sozialist sehr bewährt“. Erst auf Zwischenrufe räumte er ein, dass jemand der im Krieg gegen Deutschland teilgenommen habe, im Grunde für sein Vaterland gekämpft habe.<sup>7</sup> Ein Antrag aus dem Distrikt Frankfurt-Niederrand kritisierte, dass die Ideen des Deutschlandplans im Entwurf des Programms nicht enthalten sei, dieser vielmehr durch die Bejahung der Landesverteidigung gefährdet sei.<sup>8</sup>

Wie stark die lebensgeschichtliche Erfahrungen der Wortführer an diesem Disput noch wirkten, wurde am unmittelbar nachfolgendem Beitrag Erlers deutlich, der sieben Jahre KZ und Zuchthaus knapp überlebt hatte und sich gleichwohl mit den aus der Emigration Zurückgekehrten solidarisch fühlte, deren Kampf gegen Hitlers Gewaltherrschaft „ein Kampf für die Freiheit von Volk und Vaterland gewesen“ sei. Zugleich betonte er: „Wir kämpfen nicht gegen den Staat, sondern um den Staat (...) nicht erst um dem Staat im wiedervereinigten Deutschland, sondern auch und gerade um den Staat in dieser Bundesrepublik, die wir regieren wollen“.

Hatte die SPD bis in die jüngste Zeit den Eindruck erweckt, erst mit der Wiedervereinigung sei sie in der Lage, ihre Hauptziele zu verwirklichen, so wurde von Erler unter Beifall das Ziel neu justiert: „Aber wenn wir je zur Wiedervereinigung kommen wollen, dann müssen wir erst so viel Macht erringen, daß auch eine Regierung in Bonn den Weg dazu mutig und entschlossen zu betreten bereit ist“.<sup>9</sup>

Dieser Abschied von der Naherwartung der Wiedervereinigung, der in Godesberg – mehr in den Debatten als im Programm selbst – sichtbar begonnen hatte, wurde in der Folgezeit durch strategische Überlegungen der SPD-Führung unterstrichen. Jetzt wurde auch der Begriff „Außenpolitik“ absichtsvoller, weil auf die Politik der Bundesrepublik bezogen, benutzt als zuvor. Ein im Juli 1959 vom Präsidium auf Erlers Vorschlag eingesetzter Siebenausschuß, dem neben Ollenhauer, Carlo Schmid, Erler, Heinrich Deist sowie Brandt, Max Brauer und Georg August Zinn – aber nicht Wehner – angehörten, hatte

7 Vgl. PT-Protokoll Godesberg 1959, S. 151; vor W. Möller hatte schon der Bremer Delegierte Arnold Müller ähnliche Bedenken geltend gemacht, vgl. ebd., S. 137.

8 Ebd., S. 607.

9 Ebd., S. 153/54.

Anfang März 1960 die strategische Grundlinie für den Wahlkampf 1961 vorbereitet: Sie hieß: „Gemeinsamkeit vor allem in der Außenpolitik – auch schon im Vorwahlkampf“.<sup>10</sup>

Wenig später veröffentlichte der *Vorwärts* zwei Beiträge Wehners, der die Zeitbedingtheit des Deutschlandplans betonte und auf zwei im Deutschlandplan enthaltene Punkte aufmerksam machte, die über diesen hinauswiesen: Erstens die mitteleuropäische Zone verminderter Rüstung unter internationaler Kontrolle; zweitens eine Kombination von Schritten der vier Großmächte und der beiden Teilen Deutschlands in ihrem Auftrag herbeizuführen, die geeignet seien, gegebenenfalls in Etappen zur Wiedervereinigung zu kommen.<sup>11</sup>

Diese beiden im Grundsatzprogramm ähnlich formulierten Punkte waren auch in Wehners Bundestagsrede vom 30. Juni 1960 enthalten. Deren Zielsetzung kam für die Fraktion keineswegs überraschend. War über sie doch in den Gremien der Fraktion in den Wochen zuvor beraten worden. Überraschend für die Öffentlichkeit und für die Regierungsparteien, die unter Gemeinsamkeit in der Außenpolitik eine Sakrosankt-Erklärung für die bisherige und eine Blankovollmacht für die künftige Regierungspolitik verstanden, war der Stil, in der Wehner die ursprünglich von anderen entworfene Gemeinsamkeitsparole präsentierte: Er quittierte witzig und geistreich Zwischenrufe aus den Reihen der CDU und CSU und ließ sich nicht aus dem Konzept bringen. Dieser Auftritt begründete eine für Wehner sehr nützliche Legende, die sein Bild in der Öffentlichkeit bis weit hinein ins konservative Meinungsspektrum im folgenden Jahrzehnt bestimmte.

Erst als er im Winter 1970 – in den Anfängen der operativen Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition – der CDU/CSU im Bundestag den Satz entgegenschleuderte, „Wir brauchen die Opposition nicht“, hat sich dieses Bild wieder gewandelt. Wehner wie auch andere führende Sozialdemokraten, die bis zum letzten denkbaren Punkt im Jahr 1959 Vorschläge zur Wiedervereinigung konzipiert hatten, fühlten sich besonders dazu legitimiert, unter veränderten weltpolitischen Bedingungen nach Osten hin historische Hypotheken abzubauen und Vertrauen aufzubauen. Niemand kann bestreiten, daß dies weitgehend gelungen ist. Ohne diese Voraussetzungen wäre die Vereinigung von 1990 nicht möglich gewesen.

Es steht auf einem anderen Blatt, dass der zentrale Kern der Wehner-Rede vom 30. Juni 1960 – die SPD gehe davon aus, dass das europäische und atlantische Vertragssystem Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik sei<sup>12</sup> – der sozialliberalen Entspannungs- und Vertragspolitik nicht nur entscheidenden Rückhalt bot, sondern in der Folgezeit Quellen zahlreicher schwieriger Debatten und Entscheidungen war: Von der Akzeptanz der Wehrpflicht bis in die Verästelungen nuklearer und konventioneller Abschreckung (Stichworte: MLF und Doppelbeschluss).

Aber so ist es allemal, wenn die SPD sich von einer Rolle des „Als ob“ – als ob sie die dritte Weltmacht sei – verabschiedet und sich auf eine komplexe Realität einlässt.

10 Vgl. Hartmut Soell: Fritz Erler. Eine politische Biografie, Bonn 1976, S. 396.

11 Herbert Wehner, „Vor einem Jahr“, in: *Vorwärts*, 14. März 1960; vgl. ders. „Schwerer Abschied“, in: ebd., 21. März 1960.

12 Deutscher Bundestag, 3. Wahlperiode, 122. Sitzung, 30. Juni 1960, S. 7055.